

Region

Anfang fürs neue Siegenthalergut ist gemacht

Thuner Stadtrat (1) Das Parlament hat gestern Abend 750 000 Franken für die Entwicklung des Siegenthalerguts bewilligt. Teilweise wurden bereits konkretere Planungsziele gefordert. Ein ganz spezieller Wunsch sorgte dann für Lacher reihum im Saal.

Gabriel Berger

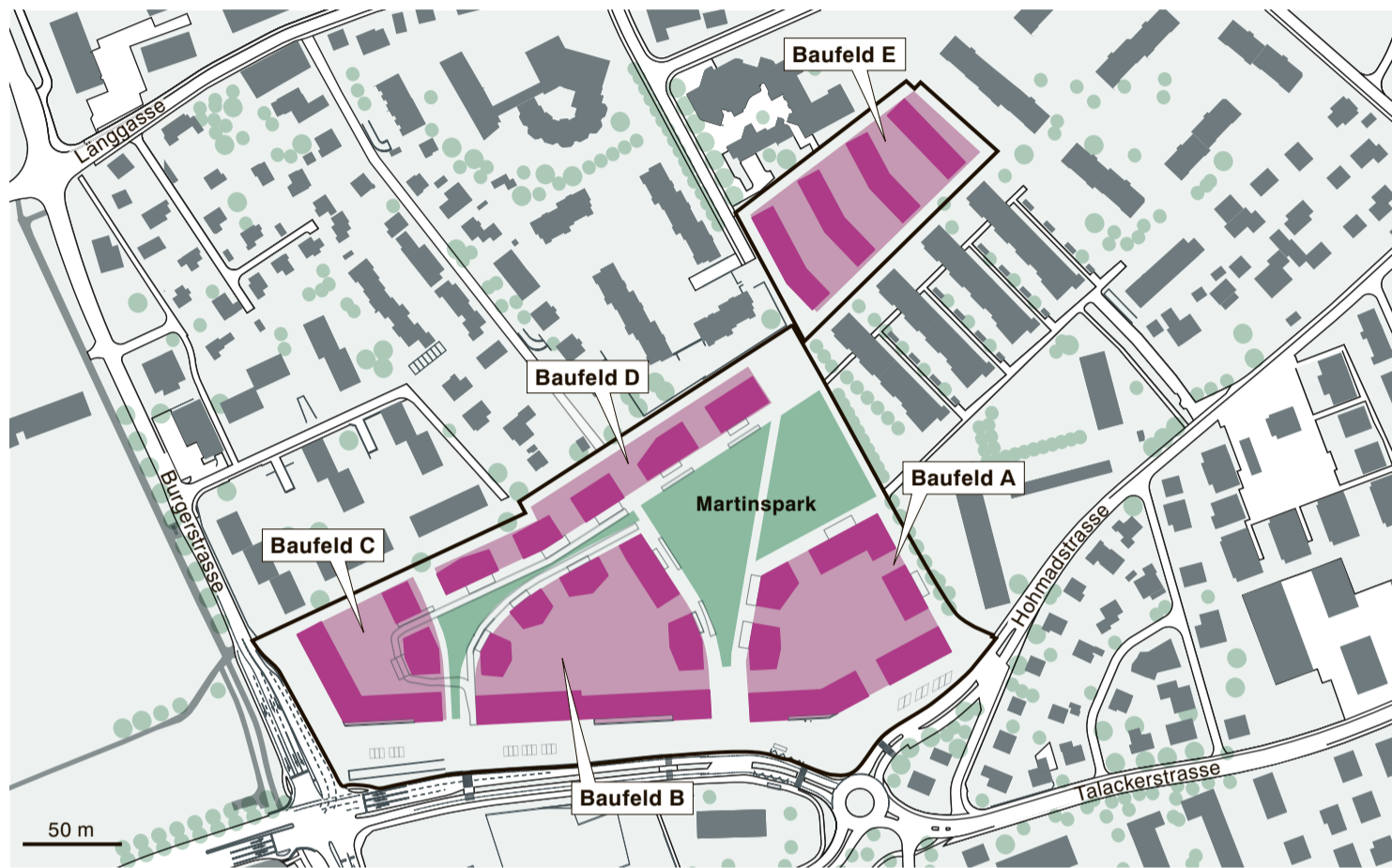
Das Blatt Papier ist nicht mehr ganz jungfräulich weiss. Aber es enthält immer noch viele leere Flächen, die es nun auszufüllen gilt. Ungefähr so präsentiert sich die Lage beim Siegenthalergut im Südwesten von Thun. Bislang hat das städtische Planungsamt – gemeinsam mit Architekten, Städtebauern, Verkehrsplanern und weiteren Fachleuten – ein Richtkonzept entwickelt. Es sieht ein neues Quartier vor, das nebst dem Schwerpunkt Wohnen auch Flächen für das Gewerbe und Dienstleistungsbetriebe enthält. Zudem sind ein Quartiertreffpunkt und ein 7000 Quadratmeter grosser öffentlicher Park auf dem Areal, das total 5 Hektaren umfasst, geplant. Dereinst sollen über 2000 Personen ihren Wohn- und Lebensraum im Siegenthalergut finden (wir berichteten).

Gestern Abend ging es für den Stadtrat darum, 750 000 Franken für die nächsten Planungsschritte zu genehmigen. Dazu gehören unter anderem das Erarbeiten eines Masterplans mit Überbauungsordnung oder das Ermöglichen von partizipativen Prozessen für die Bevölkerung.

Viel Lob und der Warnfinger

Stadtpräsident Raphael Lanz (SVP) bezeichnete das Siegenthalergut eingangs als «eigentliche Siedlungslücke». Aus der Vogelperspektive lasse sich dies gut erkennen. Es sei deshalb in diversen Planungsinstrumenten schon seit längerem angedacht, das Areal zu entwickeln. Lanz betonte, dass nicht einfach eine

So soll das Siegenthalergut im Südwesten Thuns künftig aussehen



Grafik: mt/Quelle: Stadt Thun

weitere Überbauung, sondern ein neues Quartier vorgesehen ist. «Weil dichter gebaut werden soll, kommt dem öffentlichen Park eine wichtige Rolle zu. Er soll die Aufenthaltsqualität für alle steigern», so der Stapi.

Vertreterinnen und Vertreter aller Fraktionen äusserten sich

wohlwollend zur Vorlage. So lobte etwa Thomas Rosenberg (Grüne), dass Vorgaben zum nachhaltigen Bauen gemacht werden. Reto Vannini (Fraktion GLP/BDP) verstieg sich gar zur Aussage, dass er verzweifelt nach dem Haar in der Suppe gesucht habe. «Wir haben uns von der Begeisterung des

Gemeinderats fürs Richtprojekt anstecken lassen.» Hier und heute gehe es ja vor allem darum, das Projekt ins Rollen zu bringen. Peter Aegerter (SVP) pflichtete dem Kollegen bei, hob aber auch den Warnfinger: «Das Konzept wird zu Recht gelobt. Der Anfang einer solchen Planung weckt aber auch

Begehrlichkeiten.» So sei jetzt nicht der Zeitpunkt für Detailfragen. Beim Anteil des gemeinnützigen Wohnungsbaus im Areal etwa sei eine «subtile Vorgehensweise» angezeigt. Manon Jaccard (SP) hatte zuvor ihr Bedauern geäußert, dass diesbezüglich noch keine genaueren Ziele definiert

worden seien. «Wenn wir die Klimaziele erreichen wollen, müssen wir zudem Plus-Energie-Bauten als Standard anstreben.»

Nur nicht wie der Selve-Park

Auf «ökonomische Prozesse», die im Hintergrund liefen, wies Jonas Baumann (Fraktion EVP/EDU/CVP) hin. Er sprach damit das Zusammenspiel der Stadt mit dem Investor an. Dort seien noch nicht alle offenen Fragen geklärt. Die «vielen Unbekannten» erwähnte auch Mark van Wijk (FDP). «Aber wir haben mit dem Richtkonzept eine gute Grundlage.» Um nicht dieselben Fehler zu begehen wie früher, sei eine gesamtheitliche Betrachtung zentral. Als Negativbeispiel nannte er vor allem den Selve-Park. Peter Aegerter stimmte vehement zu. Mit der Schlussbemerkung, dass es in Thun «durchaus auch gelungene Parkanlagen gibt, die gerühmt werden», hatte Stadtpräsident Lanz dann die Lacher auf seiner Seite.

Nach den gemeinderätlichen Ausführungen und vor der Abstimmung zog die SP-Fraktion einen Änderungsantrag zurück. Sie hatte gefordert, dass die Projektentwicklerin, die Frutiger AG, in drei Punkten stärker an den Planungskosten beteiligt werden soll. Am Ende genehmigte der Stadtrat den 750 000-Franken-Kredit einstimmig. Damit ist der Weg frei, das Siegenthalergut, das derzeit noch in einer Landwirtschaftszone liegt, in eine Zone mit Planungspflicht zu überführen. Dazu soll noch dieses Jahr die öffentliche Mitwirkung stattfinden.

Das Rauchen bleibt erlaubt

Thuner Stadtrat (2) Öffentliche Spielplätze werden nicht zu rauchfreien Zonen.

Sollen öffentliche Spielplätze in Thun rauchfrei werden? Diese Frage behandelte das Parlament gestern im Rahmen eines Prüfungsauftrags, den die drei Vertreter der BDP eingereicht hatten. Sie wiesen in ihrem Postulat darauf hin, dass diverse Schweizer Ortsschaften wie etwa Chur ein entsprechendes Verbot bereits kennen. Im Kanton Bern hingegen wäre Thun eine der ersten Städte mit dieser Regelung (wir berichteten).

Auffallend an der Debatte war, dass die verschiedenen Meinungen für einmal nicht entlang der Parteigrenzen oder nach Linksrechts-Schema, sondern quer durch alle Fraktionen verliefen. Postulant Simon Werren (BDP) fand, dass Empfehlungen allein erfahrungsgemäss nichts bringen würden. «Thun hat jetzt die Gelegenheit, Vorbild zu sein – auch für andere Städte.» Manfred Locher (EVP/EDU/CVP) zeigte Verständnis für die «harmoniebedürftigen» Raucher. Auf Spielplätzen funktioniere die soziale Kontrolle. Nichtraucher würden die Raucher darauf hinweisen, dass sie auf ihr Laster verzichten sollen. «Dazu braucht es aber ein aufgestelltes Verbotsschild.» Peter Aegerter (SVP) widersprach dem dezidiert: «Tagtäglich kann

ich mich auf dem Bahnperon davon überzeugen, dass genau diese soziale Kontrolle eben nicht funktioniert.» Gar nicht warm mit Lochers Argumentation wurde auch Thomas Hiltbold (Grüne): «Schiessen wir hier nicht mit Kanonen auf Spatzen? Ein Verbot muss wirksam und kontrollierbar sein.» Beides sei nur mit unverhältnismässigem Aufwand zu bewerkstelligen. Die schwierige Umsetzbarkeit eines Verbots führte ebenfalls Serge Lanz (SVP) ins Feld. «Andere Massnahmen bringen weit mehr. Zudem setzen wir hier auf die Eigenverantwortung.»

Hanspeter Aellig (FDP) wiederum gab zu bedenken, dass mit einem Verbot ein Präzedenzfall geschaffen würde. «Als Nächstes würden wir dann wohl über das Rauchen in Gartenbeizen diskutieren», mutmasste er. Darshikka Krishnanantham (SP) brach dagegen eine Lanze für den Schutz der Nichtraucher, «auch wenn die Umsetzung schwierig wird». Innerhalb der SP waren die Meinungen aber ebenso geteilt. Letztlich lehnte der Stadtrat das BDP-Postulat mit 20 zu 12 Stimmen bei 3 Enthaltungen ab und stellte sich damit gegen den Gemeinderat. Für die Raucher bleibt in Thun alles beim Alten. (gbs)

Geld für Anlass, «der wirklich leuchtet»

Thuner Stadtrat (3) Die Politik steht hinter der Künstlerbörse. Der neue Leistungsvertrag mit den Veranstaltern gilt bis 2023.

«Wir reden über ein Produkt, das andere Städte auch sehr gerne hätten, ein Produkt, das wirklich leuchtet», sagte Gemeinderat Roman Gimmel (SVP). «Es ist ein Anlass, der internationale Ausstrahlung hat. Er soll in Thun bleiben», betonte Manfred Locher für die Fraktion EVP/EDU/CVP. «Es ist eines der Highlights im Frühling. Ein Anlass, der den Nerv der Zeit trifft», führte Katharina Ali (SP) aus. Die Veranstaltung muss laut Susanna Ernst (FDP) in Thun bleiben – «es gibt nichts anderes als zuzustimmen». Den expliziten «Wunsch nach Einstimmigkeit» brachte Reto Vannini (Fraktion GLP/BDP) an, der von einem wichtigen und gut zu Thun passenden Anlass sprach. Barbara Klossner (SVP) würdigte die grosse Wirkung in der Schweiz, aber auch im Ausland. «Wir hoffen, dass wir den Anlass über die nächsten vier Jahre hinaus beherbergen können», blickte Reto Kestenholz (Grüne) in die Zukunft.

Betrag bleibt gleich

Kein Zweifel: Die seit 1993 jeden Frühling in Thun stattfindende Künstlerbörse genießt nicht nur beim Publikum sowie den Künstlerinnen und Künstlern grosses Ansehen – sondern auch in der

Thuner Politik. Das wurde gestern im Stadtrat deutlich, als es darum ging, einen neuen Leistungsvertrag mit dem Berufsverband «t. – Theaterschaffende Schweiz» für die Ausgaben 2020 bis 2023 abzusegnen. Die Eckpunkte: Die Stadt unterstützt die



Impression von der Künstlerbörse 2019 mit der Compagnia Ziba. Foto: Patric Spahni

Künstlerbörse, die jeweils über 3000 Besucherinnen und Besucher anzieht, weiterhin mit jährlich 125 000 Franken – bestehend aus einem Barbeitrag von 110 000 Franken sowie Dienstleistungen und Gebühren. In den Stadtratsunterlagen schreibt der Gemeinderat, die Vertragsverhandlungen seien «sehr konstruktiv» verlaufen. Mit dem gleichbleibenden Beitrag der Stadt sei die finanzielle Situation der Künstlerbörse weiterhin stabil, «und der Anlass kann erfolgreich weiterentwickelt und als nationale Kulturveranstaltung mit Ausstrahlung über die Landesgrenze hinaus positioniert werden». Unterstützt wird der Anlass unter anderem auch vom Kanton Bern und von Pro Helvetia.

«Ganz starkes Signal»

Kein Wunder: Die Voten im Stadtparlament liessen es problemlos erahnen – Reto Vanninis Wunsch nach Einstimmigkeit ging bei der Abstimmung über den neuen Leistungsvertrag in Erfüllung. Für Kulturvorsteher Roman Gimmel ist die Zustimmung ein «ganz starkes Signal, dass wir die Künstlerbörse hier behalten wollen».

Michael Gurtner

In Freienhofgasse soll künftig Tempo 30 gelten

Thuner Stadtrat (4) Die Geschwindigkeit auf der Einbahnachse vom Maulbeerkreisel zum Lautitor mindestens auf Tempo 30 reduzieren: Das wollten Franz Schori (SP), Thomas Hiltbold (Grüne) und weitere Mitunterzeichnende mit einem Postulat erreichen. Sie forderten den Gemeinderat auf, entsprechende Massnahmen zu prüfen. Ihre Begründung: Die Sicherheit werde dadurch erhöht, der Verkehr verflüssigt. Heute gilt «Generell 50»; laut Gemeinderat ergaben Verkehrsmessungen eine Durchschnittsgeschwindigkeit von knapp über 30 km/h. Das vom Stadtrat im August abgelehnte Projekt zur Sanierung des entsprechenden Verkehrsraums sah für den Abschnitt vom Maulbeerkreisel zum Lautitor Tempo 30 vor. Die Stadt will «Höchstgeschwindigkeit 30» nun als Einzelmassnahme ohne bauliche Anpassungen publizieren. Laut Bauvorsteher Konrad Hädener (CVP) soll die amtliche Publikation so bald wie möglich erfolgen – eine Umsetzung könnte etwa im Februar 2020 erfolgen. Mit Tempo 30 zeigten sich alle Fraktionen einverstanden – ausser der SVP, die das Postulat ablehnte. Sie unterlag mit 10 zu 26 Stimmen. Schliesslich wurde der Vorstoss einstimmig als «erfüllt» abgeschrieben. (mik)